



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2015

Falsches Umweltbewusstsein: Scheinökologische Politik

Beckstein, Martin

Abstract: Die umweltethischen Forderungen von Philosophen gehen weit über die Reformvorhaben politischer Parteien hinaus. Die Politik setzt nur in begrenztem Masse um, was umweltethisch geboten ist. Warum eigentlich?

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-113080>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Beckstein, Martin. Falsches Umweltbewusstsein: Scheinökologische Politik. In: Neue Zürcher Zeitung, 238, 14 October 2015, 12.

Falsches Umweltbewusstsein

Scheinökologische Politik

Die umweltethischen Forderungen von Philosophen gehen weit über die Reformvorhaben politischer Parteien hinaus. Die Politik setzt nur in begrenztem Masse um, was umweltethisch geboten ist.

Gastkommentar

von

Martin Beckstein

14.10.2015, 05:30 Uhr

10

[Kommentare](#)

Die Umweltethik ist in zwei grosse Lager gespalten. Laut einer Ansicht kommt der Natur ein eigener moralischer Wert zu. Wir sollen sie demnach um ihrer selbst willen schützen. Laut einer zweiten Ansicht kommt der Natur kein moralischer Eigenwert zu. Schützen sollen wir die Natur trotzdem, nämlich um unsert-, der Menschheit, willen.

Die meisten umweltpolitischen Initiativen sind gemäss der zweiten Ansicht begründet. Massnahmen zur Reduktion von CO₂-Emissionen sollen beispielsweise helfen, wie es im Kyoto-Protokoll festgehalten ist, den Planeten Erde langfristig bewohn- und bewirtschaftbar zu halten. Die erste umweltethische Ansicht findet eigentlich nur im radikalökologischen Aktivismus Widerhall. Mitglieder der «Earth First!»-Bewegung sabotierten etwa Skilifte in Telluride (Colorado, USA) und stellten dabei das Wohl der Natur über das Wohl von Menschen.

Anzeige



Hinzufügen lässt sich ein dritter Zugang zur Umweltethik, der den Schutz der Natur als Heimatschutz versteht. Die Natur soll wiederum um unser, nicht ihrer selbst willen geschützt werden. Aber es geht nicht um die Umwelt der gesamten menschlichen Spezies, sondern je um unsere spezifische Lebenswelt. Die uns umgebende Natur, wie wir sie kennen und wertschätzen (oder uns romantisiert vorstellen), soll intakt bleiben. Mit dem Kauf eines Schoggitalers von Pro Natura können wir derzeit in diesem Sinne dazu beitragen, dass die Schweiz «wieder mehr und buntere Blumenwiesen

bekommt».

Selbstredend sind die Möglichkeiten von Politik auf regionaler oder nationaler Ebene, globale Umweltprobleme zu lösen, beschränkt. Ferner mögen Initiativen wie die Aktion von Pro Natura einen sinnvollen Beitrag zum globalen Umweltschutz darstellen. Engagement für eine intakte und ästhetisch wertvolle Umwelt in der nahen Umgebung kann schliesslich aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit am einfachsten mobilisiert werden. Es muss deshalb auch gar nicht verwerflich sein, wenn umweltpolitische Vorhaben als lokale Beiträge zur Lösung globaler Probleme präsentiert werden, obschon sie eigentlich durch die Sorge um die eigene Heimat motiviert sind. Auch ist verständlich, dass Parteien ihre Umweltpolitik gerne über das nationale Interesse begründen. Zweck einer intakten Natur, so informiert uns etwa die GLP auf ihrer Website, ist die «Wahrung unseres Wohlstandes».

Mitunter zeigt sich aber, dass umweltpolitische Vorhaben weder auf den Schutz der Natur als solcher oder die Erhaltung der menschlichen Umwelt noch auf die Pflege einer nationalen Lebenswelt abzielen. Stattdessen wird Klientelpolitik im ökologischem Gewand betrieben. Die SVP geht damit sogar recht offen um. Laut Parteiprogramm will sie sich «der Schaffung subventionierter <Naturparks>» widersetzen. Tatsächlich darf gefragt werden, was der ökologische Sinn einer mittels Kulturauftrag inszenierten Natur ist. Angela Merkels Plan, fünf Prozent der Wälder in Deutschland bis 2020 in Wildnis umzuwandeln, schien nicht zuletzt der Sehnsucht von Städtern nach einem Erlebnis «unberührter» Natur geschuldet zu sein. Im gleichen Atemzug verlangt die SVP allerdings, dass «ungerechtfertigter Widerstand gegen Infrastrukturprojekte entschädigungspflichtig» werden müsse – wohlgemerkt, als umweltpolitische Massnahme. Es scheint, die Umweltpolitik von Parteien habe vor allem nichtökologische Interessen der Wählerschaft im Blick.

Aber sind an solcher mehr schein- als seinsmässigen Umweltpolitik tatsächlich machthungrige Politiker schuld? Die gerade erschienene Studie Univox 2014 legt nahe, dass sich darin eigentlich nur die Selbsttäuschung der Bürger widerspiegelt. Denn gemäss dieser Studie möchte die klare Mehrheit der Schweizer, dass die Behörden mehr für den Umweltschutz tun. Die klare Mehrheit meint auch, dass jeder Einzelne im Alltag in der Pflicht steht, und die klare Mehrheit der Befragten hält sich selbst für «überdurchschnittlich umweltbewusst».

Doch nur eine Minderheit der schweizerischen Bevölkerung gestaltet ihr Alltagsverhalten entsprechend. Denn als gefragt wurde, ob man etwa Strom spare oder nach Möglichkeit auf öffentliche Verkehrsmittel umsteige, antworteten nur wenige mit Ja. Aber damit nicht genug: Der Vergleich mit früheren Umfragen zeigt, dass das Umweltbewusstsein stetig wächst, obgleich die Bereitschaft zum individuellen Engagement stagniert. Der durch diese Kluft gesetzte Anreiz für Parteien, scheinökologische Politik zu betreiben, ist offensichtlich. Parteien werden dafür belohnt, Klientelpolitik grün zu pinseln.

Die meisten Wähler wollen sich ökologisch versiert und sogar engagiert

fühlen können, ohne es letztlich sein zu müssen. Damit umweltethische Anliegen besser von der Politik aufgenommen werden, ist es daher vielleicht gar nicht nötig, dass mehr Menschen mehr Umweltschutz fordern, und nicht einmal, dass mehr Menschen ihr Verhalten auf Nachhaltigkeit ausrichten. Es reicht womöglich schon, wenn wir selbstkritischer werden und uns eingestehen, dass wir gar nicht so umweltbewusst sind, wie wir glauben. Parteien hätten jedenfalls einen geringeren Anreiz, uns ökologische Mogelpackungen zu verkaufen.

Martin Beckstein ist Postdoc-Assistent am Philosophischen Seminar der Universität Zürich.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.